

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

27.3.1906 (No. 106)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 27. März.

№ 106.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

1906.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens

Ihrer Königlichen Hoheit der

Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin
legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf
10 Tage bis zum 4. April einschließlich nach der 4. Stufe
der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 26. März 1906.

Großherzogliches Oberstkammerherrn-Amt.

v. Brauer.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unterm 20. März 1906 gnädigt geruht, den Oberamt-
mann Dr. Karl Heine aus Weinheim zum Oberamt-
richter in Mannheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unterm 22. März d. J. gnädigt geruht,

1. in gleicher Eigenschaft den Ersten Staatsanwalt beim
Landgericht Mannheim, Dr. Theodor Mühlhans, nach
Karlsruhe, und den Ersten Staatsanwalt beim Land-
gericht Konstanz, Richard Junghans, diesen unter
Verleihung des Ranges eines Oberlandesgerichtsrats, nach
Mannheim zu versetzen; sowie

2. den Staatsanwalt beim Landgericht Freiburg, Wil-
helm Morath, unter Verleihung im Range eines Land-
gerichtsrats, zum Ersten Staatsanwalt beim Landgericht
Konstanz zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
mit Allerhöchster Staatsministerial-Entscheidung vom
16. März d. J. gnädigt geruht, den Revisor Karl Fuchs
bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen bis zur
Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu
versetzen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Parlamentarismus

und parlamentarische Regierungsform.

Julius Raub, der hervorragende Lehrer der Staatswissen-
schaften Ungarns, welcher mehrere Decennien hindurch in der
Gesetzgebung Ungarns einen Platz in der vordersten Reihe ein-
genommen hat, beschäftigt sich in der vornehmsten Revue Un-
garns, der „Budapesti Szemle“, einen Essay über den Parla-
mentarismus und die parlamentarische Regierungsform, der
man im Sonderdruck vorliegt. Parlamentarismus und par-
lamentarische Regierungsform bedeuten nicht ein und dasselbe,
sondern die parlamentarische Regierungsform ist ein Ausdruck,
der noch enger ausdrücken soll, was über die Regierungsform hin-
aus reicht. Der verfassungsmäßige Repräsentativstaat ist die
Haupt- und allgemeine Form der konstitutionellen Staatsorga-
nisation. Er ist aber noch nicht der parlamentarische Staat,
der derzeit nur in England gefunden werden kann. Es ist ein
großer Irrtum, zu glauben, daß die parlamentarische Regie-
rungsform die einzige und vollkommenste Einrichtung und Gar-
antie der Volksherrschaft ist, denn die beiden die freisinnigsten
Organisationen besitzenden Länder der Welt, die Schweizer Re-
publik und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, haben die
parlamentarische Regierungsform nicht. Die ordnungsgemäße,
das ist durch den Besitzer der Souveränität ernannte Regierung
eines mit verfassungsmäßiger Repräsentativvertretung aus-
gestatteten Staates kann insoweit, als sie die öffentlichen Ge-
schäfte im Sinne des Gesetzes, ohne eine Rechtsverletzung zu be-
gehen, führt, nicht als ungesetzlich erklärt werden, insbesondere
auch in dem Fall nicht, wenn die Minister nicht der Majorität
des Reichstages entnommen wurden. Es gibt keine Vollkom-
menheit in den politischen Einrichtungen, es gibt keine In-
stitutionen, die für jedes Land gleichmäßig ihre Anwendung
finden können. Wichtig ist nur, daß es Einrichtungen gibt, die
nach Ort und Zeit einfach unausführbar sind und die, wenn
ihre Durchführung versucht werden sollte, den betreffenden
Ländern zum Schaden gereichen würde. Daraus ergibt sich nat-
urgemäß, daß gewisse Verfassungsformen nicht dekretiert wer-
den können, weder durch das Gesetz noch durch gewalttätige Ver-
suche. Experimente auf diesem Gebiete sind ein Verbrechen
gegen die Nation. In Verbindung damit steht, daß bei der
Theorie der Politik die richtige Untersuchungsmethode die In-
duktion ist, welche auf Grund der Erfahrung und der Geschichte
unter eingehendem Studium und objektiver Erwägung der Ent-
wicklungen und Gestaltungen die erzielten Erfolge oder die Ver-
eitelung der der Bestrebungen oder deren Gründe prüft und
daraus die Beschlüsse ableitet.

Ueber den Parlamentarismus in Ungarn führt Dr. Raub
folgendes aus:

Eine unbefangene und von Parteirücksichten unabhängige
Würdigung der Verhältnisse, der Gesetze und unserer öffent-
lichen Zustände führt zur Erkenntnis, daß die Behauptung,
unser Regierungssystem sei seit dem Jahre 1848 ein parlamen-
tarisches gewesen, ein Irrtum ist, in keiner Weise begründet
und mit klaren Beweisen entkräftet werden kann. Die ungar-
ische Regierung war weder im Jahre 1848, noch 1867, noch
in der Zeit von 1867 bis 1895 ein parlamentarisches in der rich-
tigen Bedeutung dieses Begriffes, sondern wir hatten das un-
abhängige, verantwortliche, verfassungsmäßige, repräsentative
Regierungssystem. Die 48er Gesetze schufen zwar ein verant-
wortliches Ministerium, sie enthielten aber keine einzige Bestim-
mung, aus welcher man folgern konnte, daß sie auf die Begrün-
dung des parlamentarischen Systems abgezielt hätten. Schon
die 48er Regierung konnte nicht als eine parlamentarische be-
zeichnet werden. Es wurde kein Ministerium aus der Majori-
tät geschaffen und die Regierung wurde aus den disparatsten
politischen und wirtschaftlichen staatsmännischen Elementen ge-
bildet, so daß von einem Ministerium mit homogenem Charak-
ter nicht entfernt gesprochen werden könnte. Dr. Raub verweist
darauf, daß nach den §§ 28, 29 und 31 des Gesetzbuchs 3
vom Jahre 1848 die Minister nicht dem Reichstage entnommen
werden mußten. Sie haben nur Sitz in jedem Hause und müs-
sen auf Verlangen des Hauses erscheinen; Stimmrecht können
sie nur dann üben, wenn sie Mitglieder des Oberhauses sind
oder als Abgeordnete in das Unterhaus gewählt werden. Die
spätere Entwicklung zeigt, daß seit dem Jahre 1867 zeitweise
der König solche Männer zu Ministern ernannt hat, welche
weder Mitglieder des Ober- noch des Unterhauses bzw. des
Reichstages waren, ferner, daß unsere Regierungen sich selbst
nicht als direkt parlamentarische bzw. als Regierungen betrach-
tet haben, die ihren Ursprung aus der sogenannten Majorität
genommen haben. In den 48er Gesetzen, und seither war nie
davon die Rede, daß Ministerien, die nicht aus der Majorität
herorgegangen sind, illegal seien. Dem ungarischen Minister-
präsidenten stand nie die eigentümliche und außerordentliche
Stellung zu, wie den Präsidenten der parlamentarischen Regie-
rungen. Sie waren nicht die Leeder des Hauses, ja es gab
durch jedes Jahre, von 1867 bis 1873, einen Zustand, in wel-
chem der wirkliche Führer des Reichstages nicht Minister war
und eine so eigentümliche Stellung einnahm, daß er auf den
nominalen Ministerpräsidenten in vielen wichtigen Fragen
einen entscheidenden und die Verantwortlichkeit des Ministers
stark berührenden Einfluß geübt hat.

Reichseinnahmen.

□ Berlin, 25. März. Die Steuereinnahme an
Zöllen und Verbrauchssteuern hat in den
ersten 11 Monaten des laufenden Finanzjahres 839,9
Millionen Mark oder 82,8 Millionen Mark mehr als im
gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Das günstige
Ergebnis ist in der Hauptsache den Zolleinnahmen zuzu-
schreiben, die vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs
so angewachsen waren, daß sie im Februar 1906 nahezu
das Doppelte des Ertrages vom Februar 1905 ausmachten.
Das Mehr bei den Zöllen belief sich Ende Februar
auf 98,6 Millionen, wovon nahezu 42 Millionen Mark
allein auf den Februar entfallen. Aus der Maischottich-
steuer sind 3,7, aus der Salzsteuer 1,2, aus der Brau-
steuer 1,1, aus der Tabaksteuer 1,0 und aus der Schaum-
weinsteuer 0,3 Millionen Mark mehr vereinnahmt, dage-
gen haben Zundersteuer und Branntweinverbrauchsabgabe
ein Weniger, erstere mit 13,3, letztere mit 11,6 Millionen
Mark ergeben.

Rechnet man die in den Etat nicht eingestellte Brenn-
steuereinnahme mit 1,6 Millionen Mark von dem Ergeb-
nis der ersten 11 Monate ab, so bleiben 838,3 Millionen
Mark an Steuereinnahme übrig. Im Etat für 1905 ist die
Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern für das ganze
Jahr auf 881,3 Millionen Mark veranschlagt. Es ist
demnach, auch wenn berücksichtigt wird, daß seit dem 1.
März die Einnahme aus den Zöllen nachgelassen haben
wird, jetzt sicher, daß der Etatsansatz erreicht
und wahrscheinlich, daß er überschritten
wird.

Was die anderen Einnahmezeile betrifft, über die
monatliche Ausweise gegeben werden, so hat die den Ein-
zelstaaten zu überweisende Reichstempelsteuer
bis Ende Februar 77,3 Millionen Mark oder schon 5,4
Millionen Mark über den Etatsanschlag des ganzen Jah-
res erbracht. Die Vörsensteuer hat dabei ein Er-
gebnis von 46,9 Millionen oder 19,4 Millionen über den
Etatsanteil gehabt. Die Lossteuer ist dagegen weit
hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben. Die Post-
und Telegraphenverwaltung hat eine Ein-
nahme von 476,8 oder 34,2 Millionen Mark mehr als im
gleichen Zeitraum des Vorjahres und die Reichs-
eisenbahnverwaltung eine solche von 98,9 oder
7,5 Millionen Mark mehr zu verzeichnen gehabt. Die er-
stere Verwaltung verspricht demnach gegenüber dem Etat
ein Einnahmehöher von etwa 2½, die letztere von 4 Mil-

lionen Mark abzuwerfen. Ob sich bei ihnen ein Reiniüber-
schuß ergeben wird, wird allerdings auch von der Aus-
gabevermehrung abhängen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 24. März.

Geb. Rat Seig erklärt: Der Verdienst der Firma Tipples-
sich wird überschätzt. Er verringert sich wesentlich dadurch,
daß sie die ihr von dem Produzenten gelieferten Waren viel-
fach für den Truppengebrauch umarbeiten lassen mußte. Da
die 14 000 Mann nicht auf Grund eines feststehenden Mobil-
machungsplanes entendet worden sind, war häufige Nachar-
beit und auch die Heranziehung der Heimarbeit nötig. Bei
Truppentransporten zogen wir nicht nur Boermann, sondern
auch die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd
heran, ohne daß sie zu einer Verbindung führte. Sie erklärten,
daß sie die Transporte nicht zu den gleichen Bedingungen wie
Boermann leisten könnten. Die Südwestfrachtfahrt ist höher
als die ostasiatische Fracht, weil die Subvention und nament-
lich, weil die Rückfracht fehlt.

Abg. Kopsch (freis. Sp.) stellt fest, daß Beamte, die nie in
Afrika waren und nie kämpften, sowie zwei Herren, die speziell
mit der Abnahme von Waren von der Firma Tipples sich be-
traut waren, Remunerationen aus dem für die Truppen ge-
sammelten Unterstützungsfond erhielten. Ein Hauptmann
D e h n e hat daraus 800 M. empfangen.

Oberst v. Ohnesorg behält sich Auskunft vor.

Damit schließt die Debatte über Titel I.
Der Zentrumsantrag betreffend die Lösung der Liefere-
ungsverträge und der dazu gehörige Antrag A r e n d t
werden auf Antrag Müller-Sagan der Budgetkommission über-
wiesen. Das Gehalt des Gouverneurs und die Ausgaben für
die Zivilverwaltung werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Militärverwaltung
bespricht Oberst v. Deimling einen Aufsatz der sozialdemokrati-
schen Presse, wonach der Artikel des Generalstabes über die
Kriegstüchtigkeit der Buren bezweckt hätte, die Erfolge der Eng-
länder im Burenkrieg herabzusetzen. Ich muß diese ungerech-
tferdigte Unterstellung auf das Entschiedenste zurückweisen. Nie-
mand würdigt die hervorragende Tapferkeit, die Tapferkeit der
Engländer, die auf das vernichtende Feuer der Buren losge-
gangen sind, mehr und besser, als der deutsche Generalstab. Er
brachte dies in allen seinen Veröffentlichungen so klar zum
Ausdruck, daß die englische Presse ihm ihren Dank dafür aus-
sprach. Diese Verhöhnung des Abg. Ledebour ist also gegen-
standslos. (Vizepräsident Graf Stolberg bittet den Red-
ner, den Ausdruck „Verhöhnung“ gegen ein Mitglied des Hauses
nicht zu gebrauchen. Oberst v. Deimling erklärt, er habe
den Verfasser des betreffenden Artikels gemeint. (Vizepräsi-
dent Graf Stolberg erwidert: Wenn Sie nicht ein Mit-
glied des Hauses meinen, können Sie den Ausdruck gebrauchen.)
(Heiterkeit.) Oberst v. Deimling (fortfahrend): Tatsache
ist, was auch Dewet als Führer zugestanden hat, daß die
Kriegsführung der Buren stets eine Defensive war, wäh-
rend die Hereros sehr offensiv kämpften. Daher war der
Generalstab wohl berechtigt zu dem Schlusse, den er gezogen hat.
Der sozialistische Artikel sagt ferner, Schmuers Befehl
„Germans to the front“ sei ein reiner Schwindel. 14 000
Deutsche würden nicht einmal mit 500 lumbigen Sottenlotten
fertig. Daß ein Deutscher die anerkannten Leistungen unserer
Truppen so herabzusetzen sucht, hat stolz darauf zu sein, ist ein
betäubendes Wild. Es bleibt wahr, daß die Truppen unter un-
sagbaren Strapazen hervorragend sich bewährt haben gegen
einen ernsthafte, tapferen, überlegenen Gegner. Daran kann
jener Artikelschreiber nichts ändern, ebensowenig wie ein wüten-
der Käter, der den Mond anbellt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.) erwidert: Ich habe mit dem betreffen-
den Artikel nichts zu tun. Ich habe nichts unsere Truppen
Herabsetzendes geäußert. Die Beurteilung der Kriegsführung
der Buren durch den Generalstab ist eine Verunglimpfung der
Buren. Diese wurden gepriesen, solange sie sich der Hofkunst
erfreuten, jetzt werden sie mit faulen Äpfeln bemorfen, nach-
dem sie von hoher Stelle einen Fußtritt erhalten haben. Dem
stimmen auch die Konservativen bei, die früher an den festlichen
Burenempfangen teilnahmen.

Abg. v. Oldenburg (kons.): Von einer Verunglimpfung der
Buren ist keine Rede, sondern nur davon, daß Deimling etwas
vom Kriege versteht und Ledebour nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Arentz (Reichspartei): Der festliche Empfang der
Burengenerale fand später statt, als die verweigerte Audienz
Krügers. Die abgelehnte Audienz verringerte also nicht die
Sympathie für die Buren. In der Aeußerung des General-
stabes kann ich keine Verunglimpfung der Buren erblicken.

Die „dauernden Ausgaben für die Militärver-
waltung“ werden darauf bewilligt.
Beim Kapitel „Hafenanlagen“ erklärt Oberbaurat
Risso gegenüber den von der Kommission gemachten Abstrichen:
Die Landungsbrückenanlage in Swatopmund ist nur ein
Kriegsbauprojekt, kein Definitivum. Die Aufrechterhaltung des
Baggerbetriebs ist nötig, um auf dieser Grundlage weiterzu-
bauen.

Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg tritt für
nochmalige Kommissionsberatung ein. Die Molenanlage soll
erhalten und verlängert und die hölzerne Landungsbrücke durch
eine eiserne ersetzt werden. Die Frage wurde einer technischen
Kommission überwiesen und wird wohl bald geklärt sein. Jed-
denfalls mußte die Rolle in dem jetzigen Zustand erhalten und
die Baggerarbeiten fortgesetzt werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Anschauungen der Regierung
sind wandelbar. Oberst Deimlings Aeußerungen in der Kom-
mission lauteten ganz anders.

Geh. Legationsrat Seib bittet, die Position zu bewilligen. Durch die Einstellung der Baggararbeiten würden Millionen in den Sand geworfen. Auf eine Anfrage Südekums erklärt Seib, die für Baggararbeiten ausgeworfene Summe werde am Ende des Jahres aufgebraucht sein.

Abg. Müller-Sagan (freif. Vpt.) verlangt, daß über die tatsächlichen Verhältnisse des Swatopmunder Hafens Klarheit geschaffen werde.

Das Kapitel „Hafenanlagen“ wird zusammen mit der Position „Zur Wiederherstellung der Hafenanlagen in Swatopmund 550 000 M.“ an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Verschiedene Titel werden bewilligt. Bei Titel „Ausgaben anlässlich des Eingeborenenaufstandes infolge Verstärkung der Schutztruppe“ fordert der Etat 92 880 000 M. Die Kommission setzte 15 288 000 M. ab, die als Kriegszulagen gefordert waren.

Oberst v. Dineorg teilt auf die heutige Anfrage des Abg. Hopf mit, daß die Firma Tippleskirch dem Liebesgabenfonds 2000 M. zuwandte. Weber aus diesem noch aus irgend einem anderen Fonds erhielt der Hauptmann Döhne irgend etwas.

Oberst v. Deimling erklärt: Die 15 Millionen Mark Abstrich der Kommission haben keine praktische Bedeutung. Im nächsten Winter wird die Summe „falls erforderlich“, doch bewilligt werden müssen. Es kann aber auf die Soldaten eine große moralische Wirkung haben, wenn sie draußen noch den anstrengenden Kämpfen fast vermachet hören, der Reichstag habe ihnen 15 Millionen verweigert. Wenn die trotz begrüßte lang ersehnte Post aus der Heimat diese Nachricht enthalten wird, so wird das Mmut und Bitterkeit hervorgerufen. Sie werden das freilich überwinden und sagen: Wir fechten trotzdem noch weiter bis in den Tod! (Weifall rechts.)

Abg. Schrader (freif. Vgg.) empfiehlt den Kommissionsantrag, ebenso Abg. Südekum (Soz.), der den Kosten für den Divisionskommandeur mit 43 400 M. besonders beanstandet.

Erzprinz zu Hohenlohe tritt für die Vorlage ein. Die Truppen sollen nur solange draußen bleiben, bis das Schutzgebiet völlig beruhigt und die friedliche Weiterentwicklung verbürgt ist.

Oberst v. Dineorg erklärt, nicht ein geforderter Mann sei entbehrlich, zumal auch viele Beamten und Soldaten krank seien.

Abg. Trendl (Reichspartei): Oberst v. Deimling hat den einstimmigen Kommissionsbeschluss mißverstanden. Wir streichen einfach die Forderung für März und April 1907 ab, weil wir denken, der Luffstand werde nicht bis zum April 1907 dauern.

Abg. v. Standt (kons.) schließt sich dem Vorredner an. Die Position wird hierauf nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Nach kurzer Debatte lehnt das Haus die Forderung 4 Millionen für den Bahnbau Windhut-Rehoboth gemäß dem Kommissionsantrag ab, nachdem Erzprinz zu Hohenlohe nochmals die Bewilligung der Forderung bekräftigt hatte.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vgg.) hatte Zurückverweisung an die Kommission beantragt.

Damit ist der Etat für Südwestafrika erledigt. Die Resolution betreffend Vorarbeiten für den Bahnbau Kubub-Reetmanshoop wird angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung des Kolonialrats auf Montag 1 Uhr. Außerdem sind noch das Lotterengesetz und der Marineetat auf die Tagesordnung gesetzt. Schluß gegen halb 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 26. März.

Präsident Graf Vallerstrem eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr und teilt mit, daß der zweite Vizepräsident Paasche erkrankt sei. Es sei deshalb die Wahl eines Ausschüßpräsidenten nötig. Er bitte das Haus, darauf bezügliche Vorschläge zu machen.

Es folgt die erste Beratung des Nachtragsetats für 1906, der für strategische Eisenbahnen 6 330 500 M. fordert, ferner die Umwandlung der Ministerresidentur in Korea in ein Generalkonsulat und die Umwandlung der Gesandtschaft in Tokio in eine Botschaft. Der Ergänzungsetat wird der Budgetkommission überwiesen. Der Kolonialetat wird sodann bei Reuginea weiter beraten.

Abg. Erzberger (Zentr.) kritisiert die übergroße Zahl der Beamten in Reuginea und führt Beschwerde gegen den Landeshauptmann Brandeis, der die Prügelstrafe eingeführt habe.

Erzprinz zu Hohenlohe-Langenburg bezeichnet diese Vorwürfe als frivol und als ebenso lächerlich.

Geheimerat Rote tritt den Ausführungen Erzbergers entgegen. Die Missionstätigkeit habe erhebliche Fortschritte erfahren. Von Barbareien und Grausamkeiten sei keine Rede. v. Brandeis habe bona fide gehandelt.

Abg. Dasbach (Zentr.) betont, die Behauptungen Erzbergers seien in keiner Weise widerlegt worden.

Die Wahlrechtsreform in Oesterreich.

* Wien, 24. März. Das Abgeordnetenhaus hat die erste Lesung der Wahlreformvorlage zu Ende geführt. Hiermit steht das Haus am Abschluß einer der größten und wichtigsten Debatten, die jemals das österreichische Parlament beschäftigt. Die Wahlreformdebatte währte vom 7. März und nahm 11 Sitzungen des Abgeordnetenhauses in Anspruch. Als erster Redner eröffnete der Minister des Innern, Graf Blyandt-Rheidt, die Debatte, in der am 14. März auch der Ministerpräsident Baron Gautsch, das Wort ergriff. 59 Abgeordnete haben in der Debatte gesprochen, davon 29 als Pro-, und 30 als Contra-Redner. Eine definitive Stellungnahme zu den Wahlreformvorlagen war aus den meisten Reden nicht zu entnehmen, da/beimnahe alle Parteien Wünsche und Forderungen aufstellten, deren Erfüllung oder Nichterfüllung auf ihr Votum von Einfluß sein wird. Die Debatte hat sich während ihrer ganzen Dauer auf einem Niveau erhalten, welches das Durchschnittsniveau weit übersteigt; es wurde eine große Zahl bedeutender Reden gehalten, die Diskussion hielt sich in durchaus würdigen Formen; es kam trotz der gewaltigen Meinungsverschiedenheiten zu keinerlei turbulenten Zusammenstößen. Die Frage des allgemeinen Ummwählens hat eine vollständige Ummwälzung in der Parteikonstellation des Hauses herbeigeführt,

und daher konnte man im Laufe der Debatte oft die seltsamsten Gruppierungen beobachten: Alldemische Redner, die bei den Polen und Feudalen Beifall fanden, auf der anderen Seite Klerikale, denen die Sozialisten und andere radikale Gruppen applaudierten. Auch in der Tonart, deren sich die Redner der einzelnen Parteien bedienten, ist vielfach ein vollständiger Umschwung zu konstatieren. Vertreter sehr gemäßigter Fraktionen, die sonst nur andeutungsweise und in den zurückhaltendsten Formen eine Polemik zu führen pflegten, gaben diesmal ihrer Meinung in den ungeniertesten Worten Ausdruck, während andererseits manche Freunde der schärferen Tonart sich auf vorsichtig abgemessene Redewendungen beschränkten. Trotz des warmen Interesses, mit dem der Verlauf der Wahlreformdebatte in allen politischen Kreisen verfolgt wurde, waren die Sitzungen des Abgeordnetenhauses nicht mehr als mittelmäßig gut besucht. Auch bei den wichtigsten und interessantesten Reden waren höchstens nur 200 bis 250 Abgeordnete im Saale anwesend. Vollzählig waren stets die Polen und die beiden Gruppen des Großgrundbesitzes vertreten, wie ja überhaupt gerade diese Parteien in der Verfechtung ihres Standpunktes den größten Glanz entwickelten. Ungeachtet der bedeutungsvollen und schwerwiegenden Momente, welche diese Debatte bot, ist man sich in Abgeordnetenkreisen darüber klar, daß der eigentliche Kampf um die Wahlreform im Ausschusse wird ausgefochten werden.

Marokko.

(Telegramme.)

* Algiers, 26. März. Die Vorbereitungen für die heutige Sitzung nahm auch den geistigen Sonntag vollauf in Anspruch. In der Polizeifrage scheint der schwierigste Punkt die Verteilung der Offiziere zu sein. Die Erwartung, es werde sich heute alles klären, dürfte daher optimistisch sein, umsomehr, als auch in der Bankfrage noch einzelne Punkte der Lösung harren.

* Paris, 26. März. Der „Matin“ veröffentlicht den Wortlaut des vom Berichterstattungsamt redigierten Entwurfs, betreffend die Polizeiorganisation, der in der heutigen Vormittagsitzung der Konferenz erörtert werden soll. Der Entwurf enthält nur neun Artikel, von denen fünf vorläufig zurückgestellt sind. Der Inhalt ist meistens durch die vorangegangenen Meldungen bekannt. Der erste Artikel heißt: Die Polizei wird unter der souveränen Autorität des Sultans gestellt werden. Sie wird von Marokkanern unter marokkanischen Muselmanen aus den marokkanischen Kaids rekrutiert und auf die acht dem Handel geöffneten Häfen verteilt werden. Der vorläufig zurückgestellte zweite Artikel besagt, daß die französischen und spanischen Instruktionsoffiziere und Unteroffiziere von ihren Regierungen dem Sultan zur Verfügung gestellt werden. Ihre Ernennung und Bestimmung wird der Genehmigung des Sultans unterliegen. Der zurückgestellte Artikel 3 besagt, daß die Offiziere und Unteroffiziere der Organisation ihren Bestand für die Dauer von fünf Jahren leisten werden. Das Reglement, betreffend die Rekrutierung, Dienstpflicht und Verwaltung des Polizeikörpers wird vom marokkanischen Kriegsminister oder dessen Vertreter und dem im Range am höchsten stehenden französischen und spanischen Instruktionsoffizieren ausgearbeitet werden. Das Reglement wird dem diplomatischen Korps in Tanger unterbreitet. Artikel 4, zurückgestellt, enthält Bestimmungen über die Stärke der Polizeitruppe. Artikel 5 betrifft die Kosten des Polizeikörpers, die 2½ Millionen nicht überschreiten dürfen. Artikel 6, zurückgestellt, besagt: Die Tätigkeit der Polizei wird während 5 Jahren Gegenstand einer Inspektion sein, die einem höheren Offizier der schweizerischen oder niederländischen Armee anvertraut wird. Artikel 7, zurückgestellt, besagt, im Falle einer von einer der beteiligten Gesandtschaften an das diplomatische Korps gerichteten Reklamation wird das diplomatische Korps von dem Vertreter des Sultans die Einleitung einer Untersuchung verlangen. Artikel 8 und 9 betreffen den Sold und den Wohnsitz des Inspektors.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 26. März.

Gestern, Sonntag, vormittag besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, sowie Ihre Hochfürstliche Durchlaucht Prinzessin Hermine Neß den Gottesdienst in der Schlosskirche und wohnten einem Teil der Prüfung der Konfirmanden durch den Hofprediger Fischer an.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm von halb 12 Uhr an die Meldung des Obersten Freiherrn von Stein zu Nord- und Ostheim, Kommandeur des Großherzoglich Mecklenburgischen Füsilierregiments Nr. 90, bisher beim Stabe des 1. Badischen Leibgrenadierregiments Nr. 109, und des Oberleutnants von Vogel vom letzteren Regiment, kommandiert zur Dienstleistung beim Großen Generalstab entgegen. Darnach empfing Seine Königliche Hoheit den Reichskommissär für die Weltausstellung in St. Louis vom Jahr 1904, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Lewald in Berlin, welcher Seiner Königlichen Hoheit in Erinnerung an die Beteiligung der badischen Industrie an dieser Ausstellung eine Ausstellungsplakette in Bronzezug von ausgezeichnetster Schönheit überreichte. Geheimer Oberregierungsrat Dr. Lewald verweilte bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog bis gegen 1

Uhr und erweckte höchstdeffen Interesse für seine erfolgreiche Tätigkeit in hohem Maße.

Zur gestrigen Frühstundstafel der Großherzoglichen Herrschaften waren eingeladen Ihre Kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelm, Ihre Königlichen Hoheiten der Herzog und die Herzogin von Cumberland und Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max.

Abends besuchten die Höchsten Herrschaften die Oper Lantzhäuser im Großherzoglichen Hoftheater.

Heute vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch zu längerer Vortragserstattung. Im Laufe des Nachmittags und Abends folgen die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin wohnte heute vormittag der Prüfung in der Luisenschule an.

* Anfang April erscheint eine neue Nummer des Postblattes, das eine Beilage zum Reichsanzeiger bildet, aber auch für sich bezogen werden kann. Im Postblatt, das im Reichspostamt zusammengestellt wird, sind die wichtigsten Verordnungen und Tarife für Postsendungen aller Art, sowie für Telegramme enthalten. Auf die seit dem Erscheinen der vorangegangenen Nummer (Anfang Januar) eingetretenen Änderungen wird in der neuen Nummer durch besonderen Druck (Schlagschrift) hingewiesen. Das Postblatt kann auch neben anderen, umfangreicheren Hilfsmitteln für den Verkehr mit der Post- und Telegraphie (Postbücher, Post- und Telegraphennachrichten für das Publikum usw.) mit Vorteil benutzt werden, weil es diese bis auf die neueste Zeit ergänzt. Der Bezugspreis des Postblattes beträgt für das ganze Jahr 40 Pf., für die einzelne Nummer 10 Pf. Bestellungen werden von den Postanstalten entgegengenommen.

* (Todesfall.) Einer unserer bekanntesten Ärzte, Dr. Th. Geipke, Chefarzt der Augenheilkunde (altes Binzingerhaus), dirigierender Arzt der Augenabteilung des Diakonissenhauses ist in dieser Nacht nach kurzer Krankheit an einer durch ein Nierenleiden entstandenen Herzschwäche gestorben. Die erschütternde Nachricht von dem Hinscheiden des tüchtigen Fachmannes und lebenswürdigen Menschen in der Volkstadt seiner Jahre wird bei seinen vielen dankbaren Patienten und bei der großen Zahl seiner Freunde und Bekannten aufrichtige Teilnahme hervorrufen.

= (Klavierabend Sapellnitoff.) Der exzellente russische Klaviervirtuose Wassily Sapellnitoff ließ sich nach längerer Pause wieder einmal in einem eigenen Klavierabend hier hören. Das Programm hierzu war geschmackvoll zusammengestellt, und infolgedessen auch sehr interessant zu nennen, als der Künstler nicht auf zur Gemüte bekannte Virtuosenstücke sich beschränkte, sondern eine Wahl von selten gehörten Werken getroffen hatte. In einer schon empfundenen, mit brillantem Figurenwert ausgestatteten Sonate von Glazounow, den reizvollen F-moll-Variationen von Hahn, dem H-dur-Imromptu von Schubert, der duftig einberuhigenden F-moll-Sonate von Scarlatti-Tausig, Mendelssohns „Spinnennetz“ aus den „Liedern ohne Worte“, Chopins H-dur-„Nocturno“ und F-moll-Fantasia, dann zum Schluß in einem „Prélude“ von Arensky, einer fein rhythmisierten „Humoreske“ von Tschaikowsky, einer „Melodie“ eigener, im eleganten Salonstil geschriebenen Komposition, in Rubinstein's virtuoser C-dur-Etude und der mit technischen Schwierigkeiten überpefferten „Don Juan-Fantasia“ befanden seine Vorträge, die in bewundernswürdiger technischer Ausführung, und musikalisch, wenn auch nicht immer mit der nötigen Empfindungstiefe, wie es z. B. das Chopin'sche Nocturno hätte beanspruchen dürfen, so aber doch in temperamentvoller, fesselnder Auffassung zu Gehör kamen. Das Publikum feierte Herrn Sapellnitoff auf enthusiastische Weise, wofür er mit Zugabe von Liszts „Liebestraum“ und der Konzerte „Einfantasie“ eigener Komposition dankte.

£ (Berein Volkshilfsbildung.) Das alljährlich vom Volkshilfsverein veranstaltete „Große Konzert“ im Festhallaal ist für die Vereinsmitglieder ein künstlerisches Ereignis geworden, das sich außerordentlich, stets wachsender Beliebtheit erfreut. Schon lange vorher waren sämtliche Eintrittskarten für das Sonntagkonzert vergriffen. Ein Publikum von mehreren Tausend Personen, darunter viele Arbeiter mit ihren Familienangehörigen, hielt den Saal dicht besetzt und die gespannte Aufmerksamkeit und der herzliche, lebhafteste Beifall, mit dem die musikalischen Darbietungen aufgenommen wurden, war ein sicheres Zeichen für die richtige verständnisvolle Auswahl bei der Aufstellung des überaus reichhaltigen Programms und nicht minder für dessen vortreffliche künstlerische Ausführung. Die Kapelle des Leibgrenadierregiments unter Musikdirektor Voettge's Leitung eröffnete das Konzert mit der Ouverture zu Webers „Oberon“, Fräulein Rusche-Weyh, eine Schülerin Professor Ordensheim's, spielte mit schönem Anschlag und vollendeter Technik Beethovens „Anbante F-dur und Mendelssohns „Rondo capriccioso, der „Liederkonzert“ trug sehr stimmungsvoll Hegars „Aufsch von Werbenberg“ vor, Fräulein Martha v. Seldebeck erfreute durch ihr stilvolles, sicheres Violinspiel, sie brachte Viertonstimmige „Fantasia appassionata“ zu voller schöner Wirkung. Fräulein Gabriele v. Weech sang dann mit ihrer vorzüglich geschulten Klangschönen und ausdrucksfähigen Stimme „Recitativ und Arie“ aus Webers „Freischütz“. Die Stimme füllte den Saal vollständig und die klare Vortragweise machte im ganzen weiten Raum jedes Wort verständlich. Hierauf lieierte Musikdirektor Voettge mit der Grenadierkapelle sein Meisterstück. Die Kapelle spielte die „Fünfte Sinfonie“ (E-moll op. 95) von Anton Dvorak und ließ dabei durch ein sicheres künstlerisch abgetöntes Zusammenspiel die feine Melodie und die tiefen wohlthuenden Harmonien des anspruchsvollen großen Wertes glänzend rein und wirkungsvoll hervor treten. Von mehreren Seiten wurde angeführt dieser Leistung der Wunsch geäußert, die Kapelle häufiger, etwa Sonntag abends, in besonderen Sinfoniekonzerten zu hören. Es wäre erfreulich, wenn eine solche Anregung auf fruchtbaren Boden fiel. Bei der Sinfonie, die etwa ¾ Stunden in Anspruch nimmt, war es bereits halb 11 Uhr geworden und noch fünf Programmnummern standen bevor. Diese boten aber so viel anregende Abwechslung, daß nur wenige sich durch die allerdings recht vorgeordnete Stunde vor Schluß des Konzertes (gegen halb 12 Uhr) zum Aufbruch treiben ließen. Fräulein Rusche-Weyh trat nochmals an den Flügel und spielte unter vielem Beifall v. Alberts „Gavotte“, Chopins „Berceuse“ und Schubert's „Fischers Balletmusik aus „Rosamunde“, Fräulein v. Weech zeigte dann die weiche Modulationsfähigkeit ihrer Stimme im Lieberworte; Schubert's „Frühlingsglaube“ und „Forelle“, sowie Brahms' „Wiegenlied“ und eine Zugabe wurden sehr dankbar aufgenommen. Fräulein v. Seldebeck spielte mit schönem Erfolge noch Beethovens „Sonata (G-dur) und Mozarts „Kazurka, der „Liederkonzert“ sang unter Professor Scheidts bewährter Leitung sehr eindrucksvoll Schaus' „Maitag“ und „Waldfönig“ von Tedrich, dann machte die Grenadierkapelle mit Kaempfers „Kapodie Nr. 3 „Die quet Württemberg alleweg“ den kräftig ausstehenden Schluß. Allen Mitwirkenden, die zum Gelingen dieses genussreichen Abends beigetragen

haben, wird der herzliche Dank aller Anwesenden, darunter vieler, denen es nicht oft vergönnt ist, sich an der Kunst zu erfreuen, der schönste Lohn sein.

(Gewerbeverein Karlsruhe.) Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung fand am Mittwoch den 21. März im Saal 3 Schrempf statt. Der Schriftführer, Herr Rau, erstattete den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß der Gewerbeverein dieses Jahr das 75jährige Bestehen feiern kann; es fanden im Berichtsjahr zwei Hauptversammlungen, fünf Monatsversammlungen und 15 Vorstandssitzungen statt. Des Weiteren gab Herr Rau der Versammlung bekannt, daß der Gesamtverband beibehalten sei, einen Zusammenschluß sämtlicher hiesiger organisierter Gewerbetreibender und Handwerker zustande zu bringen, was aber nach der vom Gewerbeverein vorgeschlagenen Art nicht möglich war. Eine eingesezte Kommission hat im Januar d. J. die angefangene Arbeit fortgesetzt, ist aber bis jetzt auch noch zu keinem Ziel gelangt. Der Redner, Herr Hofwagenfabrikant K. Kautz, berichtete sodann über die Massenverhältnisse. Die Einnahmen betragen 4104,05 M., die Ausgaben 3735,60 M., so daß ein Massenbestand von 368,45 M. verbleibt. Die Neuzahl von sechs Vorstandsmitgliedern hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Herr L. Anselment, Hoflieferant; Vorstandsmitglieder die Herren Fabrikant C. Edelmann, Hofwagenfabrikant K. Kautz, Drechslermeister A. Kötter, Pianofabrikant M. Ohnibus und Architekt W. Störcher jun. Der Schriftführer machte hierauf der Versammlung Mitteilung von dem vom Präsidium des Landesverbandes beabsichtigten Beitritt zum Handwerker- und Gewerbeverband an der Jubiläumssfeier. Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, welcher Vorschlag von den Anwesenden freudig begrüßt wurde. Nachdem in einer regen Diskussion die Einigungsbeitreibungen der hiesigen Gewerbetreibenden besprochen worden waren, schloß der Vorsitzende, Herr Anselment, kurz nach 11 Uhr die Versammlung.

(Deutscher Verleiherverband.) Die Jahresabschlüsse der einzelnen Zweige des Deutschen Verleiherverbandes für 1905 zeigen ein erfreuliches Ergebnis. Die Einnahmen der Verbandskasse belaufen sich auf 910 014,60 M. Die Unterstützungen von Mitgliedern und Invaliden betragen 149 660 M., diejenigen von Witwen 211 759,85 M., von Waisen 715,75 M. Das Vermögen der Verbands- und Zeitungskasse beträgt 1 445 945,63 M. Die Sterbekasse weist eine Einnahme von 2 412 203,61 M. auf. Sterbegeld an männliche Mitglieder wurden 490 620 M., an weibliche Mitglieder 91 095 M. verausgabt. Das Vermögen der Sterbekasse beträgt 5 508 672,26 M. Die Einnahmen des Brandversicherungsvereins betragen 63 887,46 M., an Brandentschädigungen wurden 4408,20 M. verausgabt. Das Vermögen des Brandversicherungsvereins beträgt 491 300,04 M.

(Gauturntag des Karlsruher Turngaues.) Gestern vormittag 10 Uhr fand im „Löwenraden“ der Gauturntag des Karlsruher Turngaues statt, der von 111 Delegierten besucht war. Dem vom Gauvorsitzenden Zeis erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß dem Gau 28 Vereine mit 4981 Mitgliedern, 584 Jünglingen und 1581 Turnern angehören. Geturnt wurde an 3343 Abenden mit einem Turnbesuch von 82 056 Turnern. Turnereinnahmen gehören dem Gau 279 an, die an 518 Abenden geturnt haben. Zum Militär wurden 1905 142 Mitglieder einberufen. Der Bericht des Gauturnwarts Mayer zeigte, daß 10 Turnwartversammlungen stattgefunden haben. Im Anschluß hieran legte der Gauturnwart einen sachmännlichen Bericht über die einzelnen Zweige der Turnerei dar. Den Massenbericht erstattete der Gaukassier Schaulflee-Karlsruhe. Die Einnahmen betragen 2123 M., die Ausgaben 2050 M. Der Gau besitzt ein Vermögen von 1450 M. Nach einigen Ausführungen des Gaukassiers Schaulflee wurde die Gaukasse auf dem Wege von 20 Pfennig belassen. Der vierte Punkt betraf die Aufnahme der Turnabteilung des Arbeiterbildungsvereins Karlsruhe, die einstimmig aufgenommen wurde. Der fünfte Punkt der Tagesordnung betraf die Abhaltung des Gauturnfestes, das in Hagfeld abgehalten wird. Bei Punkt 6, Anträge, beantragte der Gauvorsitzende, daß dem verunglückten Turnwart Eberhard Mithheim der Betrag von 100 M. aus der Gaukasse bewilligt werden möge. Der Beschluß ging dahin, daß dem Verunglückten der Betrag von 200 M. aus der Gaukasse zugewiesen wird. Einen breiten Rahmen in der Diskussion nahm die Frage der Unfallversicherung ein, die seitens der österreichischen Versicherungsgesellschaft nicht für alle Vereine gleichmäßig abgeschlossen werde. Der Beschluß ging dahin, daß die Gauvorsitzenden sich mit dem Kreisvorsitzenden und der Versicherungsgesellschaft ins Benehmen setzen solle, um für alle Vereine einheitlich geregelte Prämiensätze und Bedingungen zu erhalten. Der 7. Punkt betraf die Wahl des Gauturnrates, der auf Zufuß einstimmig wieder gewählt wurde. Er besteht aus den Herren Zeis-Karlsruhe, Fröh-Karlsruhe, Haas-Baden, Schaulflee-Karlsruhe, Mayer und Blum-Karlsruhe. Hierauf wurde der Gauturntag durch den Vorsitzenden um 1 Uhr geschlossen.

(Frauenbildung-Frauenstudium.) Mittwoch den 28. März, abends 8 Uhr, findet im großen Rathsaal der letzte der diesjährigen öffentlichen Vorträge des Vereins „Frauenbildung-Frauenstudium“ statt. Als Rednerin wurde Fräulein Elisabeth Gottheiner-Berlin gewonnen, welche über das Thema „Die Frau und die Nationalökonomie“ sprechen wird.

(Die Sitzungen des Schwurgerichts für das 2. Quartal 1906) beginnen Montag den 30. April, vormittags 9 Uhr. Zum Vorsitzenden wurde Landgerichtsdirigtor Dr. Eller, zu dessen Stellvertreter Landgerichtsrat R. Schmitt ernannt.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 20. März.) Vorsitzender: Landgerichtsrat König. Vertreter der Groß- und Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Rudmann. — Von der Anklage wegen Hebertretung des Preßgesetzes wurde der Redakteur Franz Burda aus Offenburg, wohnhaft in Philippsburg, freigesprochen. — Der Gemeinderat Friedrich Härtel aus Nipringen wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters Benz und des Reichsrichters Daul in Nipringen, sowie der Abschätzungskommission für das landwirtschaftliche Unfallversicherungskataster in Nipringen zu 140 M. Geldstrafe verurteilt. — In der Anklage gegen den Eismacher Christian Zimmermann aus Bieselberg, wohnhaft in Gundersfeld, wegen Beleidigung erkannte das Gericht auf 4 Wochen Gefängnis. — In den übrigen Fällen handelte es sich um Verurteilungen und Diebstähle.

S. Mannheim, 25. März. Der Bürgerausschuß führte gestern die Beratung des städtischen Voranschlags für 1906 zu Ende. Fünf Tage hat, wie im Vorjahre, die Redeschlaaf gedauert. Einen ganzen Nachmittag nahm allein die Beratung des Fiskus „Schulen“ in Anspruch. Die Debatte über diese wichtige Position leitete wieder der hochverdiente Leiter unserer Volksschule, Herr Stadtschulrat Dr. Siedinger, ein, der in einer mehr als einündigen Rede die Gesichtspunkte entwickelte, nach denen die Ausbildung unserer heranwachsenden Generation auch die aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen immer dringlicher werdende Notwendigkeit, der großstädtischen Jugend ausgiebige Bewegung in Licht und Luft zu verschaffen und ferner die Bereitstellung und Vermehrung geeigneter Spielplätze in den einzelnen Stadtteilen planmäßig zu betreiben und nach dem Vorgang anderer Städte für einen geregelten

Spielbetrieb an den verschiedenen Schulanstalten besorgt zu sein. Weiter trat der Redner für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit und die leihweise Abgabe der Bücher ein. Entsprechende Resolutionen der Stadtparteien wurden einstimmig angenommen. In der gefrigen Sitzung kam es zu längeren Erörterungen über unser Krankenhaus, wobei von den Rednern aller Fraktionen den Ausführungen des Herrn Medizinalrats Dr. Sud rücksichtslos zugestimmt wurde, der die Ansicht aussprach, daß die Vorarbeiten für ein den heutigen Anforderungen entsprechendes Krankenhaus mit aller Energie gefördert werden müßten. Auch die Erbauung eines Tuberkulosehospitals wird immer dringender, da sich die Zahl der Tuberkulosen von 320 mit 13 510 Verpflegungstagen im Jahre 1903 auf 417 mit 22 119 Verpflegungstagen im Jahre 1905 gesteigert hat. Bei der Besprechung unserer Theaterverhältnisse wurde die Behauptung eines Redners der Linken, daß während der Aera Hofmann das künstlerische Niveau des Hoftheaters rapid gesunken sei, von Oberbürgermeister Beck entschieden zurückgewiesen. Der Schlußantrag wurde mit allen gegen vier Stimmen (Demokraten) angenommen. Einer der Meiniger erklärte, daß er gegen den Voranschlag stimme, weil in ihm noch die Kanalarsteuer enthalten sei. Eine Erhöhung der Umlage, die auf 49 Pf. festgesetzt wurde, tritt trotz der erhöhten Aufwendungen, die infolge der angenommenen Abänderungsanträge entstehen, nicht ein.

Freiburg, 24. März. Der geschäftsführende Ausschuß des hiesigen Bezirksvereins für Jugendschutz und Gefangenenerziehung, an dessen Spitze der unermüdllich tätige Direktor des Landesgefängnisses, Oberregierungsrat, Major a. D. Kopp, steht, hat seinen Jahresbericht für 1905 erscheinen lassen. Darin wird das Berichtsjahr als ein recht mühevoll und arbeitsreiches bezeichnet. Die Zahl der bearbeiteten und erledigten Fälle erreichte den Höchststand seit Bestehen des Vereins; in bezug auf den Umfang der Vereinstätigkeit hand der Freiburger Verein schon im letzten Jahre an erster Stelle unter sämtlichen badischen Schutzvereinen. Die Zahl der Mitglieder betrug 528 gegen 523 im Jahre 1904. Besonders erfreulich ist der Neuzutritt von 8 Gemeinden des Amtsbezirks. Es gehören jetzt 30 Gemeinden dem Verein als Mitglieder an. Die Einnahmen beliefen sich auf 2010 M., die Ausgaben auf 2621 M. Hilfe wurde von 454 Personen in Anspruch genommen; davon waren 36 aus dem Vorjahre übernommen worden. Die Zahl der 418 neuen Schützlinge verteilt sich auf die verschiedenen Lebensalter, Bekennnisse, Landesangehörigkeit, Berufsarten, Straftaten usw. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Jugendlichen geschenkt. Die Zwangs- erziehung gewinnt immer größere Bedeutung für die Rettung der fühlbar gefährdeten Jugend. Betreffs der Fürsorge für die Erwachsenen wird mit Dank gegen die menschenfreundlichen Arbeitgeber die Ermittlung von 53 Arbeitsstellen erwähnt. Arbeit das Verhalten von 105 Schützlingen war bis zum Jahres- schluß zuverlässig; Auskunft zu erhalten und mit dem Ergebnis darf man zufrieden sein. Von 40 Jugendlichen lautete die Auskunft bei 30 gut und bei 10 schlecht; von 65 Erwachsenen bei 39 gut und 26 schlecht.

oc. Freiburg, 25. März. Der Stadtrat hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die Errichtung einer städtischen Schulzahnklinik zur unentgeltlichen Behandlung und Untersuchung aller Kinder der Kleinkinderbewahranstalten und der Volksschule und die Errichtung einer unentgeltlichen städtischen Rechtsanwaltsstelle im Rathaus beschlossen. Die neuen Einrichtungen sollen dieses Spätjahr oder Frühjahr 1907 ins Leben treten. — Der Freiburger Ärzteverein hat sich einstimmig für die Errichtung des Nachmittagsunter- richts ausgesprochen. — Der verstorbenen Privatier Emil Thoma hat für die Armen der Stadt 5000 M. vermacht.

† Vom Schwarzwald, 25. März. Das Kinderfolsbad Würheim hat während der vergangenen Sommerferien wieder eine erfreuliche Steigerung seiner Frequenz im Vergleich zum Vorjahre zu verzeichnen. Von dem vom 1. Mai bis 31. Oktober v. J. angemeldet 452 Kindern konnten 378 aufgenommen werden. Von diesen wurden 218 als dauernd geheilt und 142 als wesentlich gebessert entlassen. Die am meisten vorkommenden Erkrankungen der eingelieferten Kinder waren Blutartrat, Augenentzündung und Strophulose. Die unter- nommenen Versuche mit Sonnenlichtbehandlung waren von gutem Erfolge. Anfangs Mai dieses Jahres wird der mit allen Fortschritten der Technik und mit den besten sanitären Einrichtungen versehene Neubau des Kinderfolsbades dem Betriebe übergeben werden. Die kurze Zeit der aufzunehmenden 80 Pfl egele wird von 4 auf 5 Wochen erhöht und trotz des sehr verschiedene neue Einrichtungen wesentlich kostspieligeren Betriebes wird der Revisionspreis von 1 M. 80 Pf. für den Tag doch der gleiche bleiben. Für diese segensreiche, gemeinnützige Einrichtung des Badischen Frauenvereins wären eine ausserordentliche Unterstützung seitens der interessierenden Kreise, sowie auch anderweitige freiwillige Zuwendungen in erhöhtem Maße sehr zu wünschen.

*** Radolfzell, 25. März.** Der Bürgerausschuß genehmigte die Aufhebung des Schulgeldes, sowie den Beitrag von 70 000 M. zu den Geländeerwerbskosten für die Hörbahn.

*** Vom Bodensee, 26. März.** Nachdem am 12. Januar 1806 die vorläufige Lebernahme der Stadt Konstanz durch den Vertreter des Kurfürsten Karl Friedrich vollzogen worden war, folgte am 27. März 1806 die feierliche Lebergabe dieser Stadt an Baden. Zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr dieses Tages findet am Dienstag den 27. März die Aufführung eines Festspiels im dortigen Stadttheater statt, das in fünf dramatischen Bildern dem heutigen Geschlecht mit geschichtlicher Treue schildert, wie Konstanz badisch wurde. — Das von Hofrat Math verfasste Festspiel ist von Theaterdirektor Martini für die Bühne bearbeitet worden. In den Zwischenakten spielt die Musik Kompositionen hervorragender Musiker, die vor 100 Jahren gelebt haben. Am Schluß des Festspiels vereinigt sich Alt-Konstanz zu einem Jubilationssatz.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Berlin, 26. März.** Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat die beiden Wahlgesetzentwürfe in erster Lesung unter Ablehnung sämtlicher Anträge und Resolutionen in der vorgelegten Form genehmigt. Die zweite Lesung findet morgen statt.

*** Halle, 26. März.** In dem Braunkohlenrevier von Zeitz, Meuselwitz, Weissenfels und Lützenau streifen 4—5000 Bergleute.

*** Paris, 26. März.** Die Postbediensteten und Lehrer hielten eine Versammlung ab, in welcher sie ihr Verhalten bei den Wahlen erörterten und erklärten, daß sich dasselbe darnach richten werde, ob die gegenwärtige Kammer das Recht der Syndikatsbildung ihnen bewilligen würde oder nicht.

*** Lens, 26. März.** Die Zahl der Ausständigen ist heute geringer als vorgestern. Die Vorbereitungen zur

Herausbeförderung der verbrannten und erhitzten Kohlen sind bald beendet.

*** London, 26. März.** Wie die Blätter aus Washington melden, beschloß der amerikanische Arbeiterbund die Aufstellung eigener Kandidaten für den Kongreß. Der Bund unterstützte bisher die Republikaner, wirt diesen jedoch vor, die Interessen der Arbeiterpartei vernachlässigt zu haben. Der Bund verfügt über eine ungeheuer weit ausgedehnte Organisation.

*** Konstantinopel, 26. März.** Der Bali von Brussa, Reshid Pascha, ist zum Präfecten von Konstantinopel ernannt worden.

*** London, 26. März.** Reuters Bureau meldet aus Buschire: Zwischen den englischen und persischen Behörden kam es in Benderabbas, wie man glaubt wegen der Wahl des Platzes für das Skabelhaus, der kürzlich von der indischen Regierung gelegten Telegraphenlinie, zu Mißhelligkeiten. Am 17. März ist ein englischer Kreuzer eingetroffen, für heute wird die Ankunft des englischen Admirals mit dem ostindischen Geschwader erwartet.

*** Paris, 26. März.** Die aus Westafrika eingetroffene Post berichtet, daß die Arbeiten der französisch-deutschen Grenzkommission in Kamerun fast beendet sind. Die beiden Kommissionen haben festgestellt, daß Missu-Missu, wo im vergangenen Jahre ein Zusammenstoß zwischen deutschen und französischen Truppen stattgefunden hat, auf deutschem Gebiete sich befindet.

*** London, 26. März.** Hier ist eine englisch-japanische Bank gegründet worden mit einem Kapital von 2 Millionen Pfund Sterling.

Verschiedenes.

† Bremen, 26. März. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte am Donnerstag, Freitag und Samstag gegen 15 wegen Bandendiebstahls Angeklagte. Fünf von ihnen wurden freigesprochen und zehn erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis sechs Monaten. Außerdem wurde auf Geldstrafen im Gesamtbetrag von 324 420 M. und einen Vertertag von 102 909 M. erkannt.

† Paris, 26. März. In Südwestfrankreich haben heftige Schneestürme und große Kälte in den Gemüsegärten großen Schaden angerichtet.

† Tönning, 26. März. Am Samstag kenterte in der Eidermündung plötzlich das Schiff „Fanny“, das mit Ausladern von Tonnen beschäftigt war; 5 Matrosen ertranken.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, 27. März. Abt. C. 54. Ab.-Vorst. „Der fahrende Schuler“, komisch-romantisches Spiel in 1 Akt, Dichtung und Musik von Edgar Niel. — „Sylvia oder die Nymphen der Diana“, Ballet in 3 Akten von Jules Barbier und Mécante, Musik von Leo Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 29. März. Abt. B. 53. Ab.-Vorst. „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 28. März. 26. Ab.-Vorst. „Der Herr im Hause“, Lustspiel in 4 Akten von Paul Lindau. Anfang halb 7 Uhr, Samstag, 31. März. 27. Ab.-Vorst. „Hans Hudebein“, Schwank in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gust. Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 26. März 1906.

Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche ungünstige wie in den letzten Tagen. Während hoher Druck den atlantischen Ozean nordwestlich von den britischen Inseln bedeckt, liegen Minima über Spanien und den russischen Ostseeprovinzen; ein Teilminimum ist über Nordwestdeutschland zu erkennen. Im größten Teil Deutschlands hält das trübe Wetter mit Schneefällen an; stellenweise hat es aufgeföhrt und vielfach herrierte am Morgen Frost. Unbedingendes und kaltes Wetter mit stellenweisen Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. März früh.

Lugano halbbedeckt 1 Grad; Varrig Regen 4 Grad; Nizza wolfig 3 Grad; Triest wolfig 7 Grad; Florenz bedeckt 4 Grad; Rom bedeckt 7 Grad; Cagliari bedeckt 12 Grad; Brindisi wolfig 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feuchtigk. in mm	Rel. Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
24. Nachts 9 ⁰⁰ U.	739,7	-0,1	4,6	100	SW	bedeckt 1
25. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	740,0	-1,5	3,7	90	„	„
25. Mittags 2 ⁰⁰ U.	740,3	+2,1	3,4	64	W	heiter
25. Nachts 9 ⁰⁰ U.	741,4	-0,5	3,6	81	SW	„
26. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	743,5	-2,5	3,1	81	NE	„
26. Mittags 2 ⁰⁰ U.	742,8	+5,9	3,1	44	„	„

1 Schnee. 2 Reif.
Höchste Temperatur am 24. März: +1,6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -2,0.
Niederschlagsmenge des 24. März: 1,7 mm.
Schneehöhe: 6,0 cm.

Höchste Temperatur am 25. März: +3,0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -3,3.
Niederschlagsmenge des 25. März: 0,0 mm.
Schneefrei.

Wasserstand des Rheins am 26. März, früh: Schusterinsel 2,00 m, gefallen 7 cm; Rehl 2,34 m, gefallen 5 cm; Maxau 4,18 m, gefallen 8 cm; Mannheim 3,98 m, gefallen 12 cm.

Wasserstand des Rheins am 26. März, früh: Schusterinsel 1,95 m, gefallen 5 cm; Rehl 2,27 m, gefallen 7 cm; Maxau 4,11 m, gefallen 7 cm; Mannheim 3,88 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Kurze Darstellung des Badischen Verwaltungsrechts von Professor Karl Affolter. Mk. 3.60
Das Buch ist recht geeignet, die Kenntnis der einschlägigen Materie zu erleichtern.

Badisches Apothekenwesen. Sammlung der darauf bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Herausgegeben von dem Ausschuss der Apotheker in Baden. 2. Aufl. Kart 4.80.

Die Vorschriften über die Ausbildung der Juristen in Baden erläutert von Dr. Hermann Bleicher, Grossh. Staatsanwalt. 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Mk. 3.—
Den angehenden Juristen und Verwaltungsbeamten ein wertvoller Führer.

Das Badische Ausführungsgesetz zum BGB mit Erläuterungen von Dr. E. Dorner, Landgerichts-Präsident. Geb. Mk. 13.50.
Die Darstellung ist übersichtlich, klar und leicht verständlich.

Das badische Gesetz, betreffend die Ueberleitung der ehelichen Güterstände des älteren Rechts in das Reichsrecht vom 8. August 1902. Nebst den Ueberleitungsbestimmungen der grösseren Bundesstaaten von Reichsgerichtsrat Dr. A. Düringer. Geb. Mk. 8.—
Der Kommentar gewährt ein anschauliches, von wissenschaftlichem Geist erfülltes Bild.

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen Nebengesetzen und das badische Recht von Landgerichtsrat Dr. Karl Heinsheimer. 2 Bände geb. je Mk. 10.—
Eine treffliche Darstellung des jetzt in Baden geltenden Bürgerlichen Rechtes.

Die badische Dienstweisung für Grundbuchämter erläutert von Jul. Helbling, Oberamtsrichter. 2 Bände geb. Mk. 20.—
Ein Werk, das — als eine Zierde der badischen Jurisprudenz bezeichnet werden darf.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Donaueschinger Pferdemarkt-Lotterie.

Bei der vor Notar und Zeugen heute stattgefundenen Ziehung der Donaueschinger Pferdemarkt-Lotterie haben folgende Losnummern gewonnen:

139, 469, *480, 593, 594, 788, 791, 985, 1000, *1021, 1044, 1155, 1367, 1402, 1414, 1586, 1673, *1985, 2076, 2112, *2150, 2174, *2233, 2275, 2339, 2389, 2439, 2447, 2479, 2607, 2646, 2660, 2711, 2877, 2917, 2930, 2975, 3010, 3079, 3111, 3180, 3261, 3312, 3381, 3421, 3484, 3650, 3763, 3764, 3772, 3869, 3881, 4034, 4189, 4269, 4284, 4315, *4364, 4437, 4576, 4602, 4603, 4835, 5019, 5096, 5128, 5188, *5203, 5243, 5269, 5311, 5419, 5607, *5665, 5749, 6004, 6106, 6284, 6319, 6371, 6513, 6591, *6624, 6645, 6727, 6903, 7018, 7097, 7126, 7209, 7237, 7344, 7414, 7567, 7590, 7710, *7797, 7902, 8097, 8228, 8231, 8245, *8381, *8402, *8481, 8523, 8666, 8669, 8686, 8741, 8915, 9095, 9337, 9370, 9694, 9913, 9931, 9969, 10006, 10087, 10188, 10281, 10322, 10398, 10497, 10670, 10729, 10810, 10860, 10903, 10984, 11261, 11459, 11532, 11541, 11544, 11573, 11870, 11920, 12112, 12136, 12271, 12335, 12340, 12403, 12548, 12670, 12786, 12974, 13084, 13087, 13248, 13354, 13428, 13465, 13480, 13494, 13503, 13506, 13527, 13593, 13722, 13775, 13863, 13912, 14114, 14272, 14305, *14401, 14421, 14427, 14730, 14770, *14808, 14863, 14870, 14901, 14968, 15013, 15084, 15105, 15183, 15226, 15240, 15260, 15321, 15372, 15377, *15412, 15499, 15860, 16122, 16129, 16171, 16284, 16518, *16667, 16746, 16772, 16985, *17022, 17024, 17154, 17160, 17166, 17252, 17322, 17401, 17403, 17404, 17468, 17510, 17571, 17595, 17737, 17753, *17757, 17819, 17820, 17826, 17858, 17886, 17948, 18144, 18252, 18266, 18403, *18520, 18628, 18780, 18772, 18818, 18837, *18913, 18981, 19007, 19066, 19225, 19275, 19276, 19386, 19575, 19658, 19679, 19740, 19955, 19991, 20185, 20215, 20221, 20328, *20403, 20518, 20544, 20746, 20768, 20796, 20895, 20904, 20957, 21006, 21064, 21322, 20544, 22002, 22149, 22197, 22289, 22327, 22394, 22711, 22888, 22924, *22973, 23073, 23122, 23170, 23186, 23199, 23222, 23257, *23329, 23347, 23648, 23729, 23748, *23780, 23985, 24030, 24211, 24381, 24384, *24427, 24536, 24624, 24699, 24728, 24766, 24870, 24891, 24934, *24984, 24995, 25064, 25322, 25357, 25359, 25598, 25642, 25688, *25724, 25740, 25755, 25780, 25796, 26911, 26955, 26915, 26161, 26185, 26315, 26335, 26338, 26345, *26375, 26386, 26428, 26429, 26444, *26563, 26716, 26809, 26843, 26902, *26966, 27147, *27154, 27381, 27511, 27594, 27655, 27652, 27683, 27759, 27815, 27863, 27910, 27942, 28025, *28043, 28143, *28247, 28269, 28299, 28330, 28346, 28521, 28525, *28571, 28648, 28705, 28860, 28888, 29015, 29163, 29201, 29336, 29379, 29482, 29529, 29587, 29612, 29676, *29816, 29864, 29883, 29939.

Los-Nummer 17819 hat den ersten Preis; Los-Nummer 23073 hat den zweiten Preis; Los-Nummer 593 hat den dritten Preis. Die mit * bezeichneten Los-Nummern haben je ein Pferd oder Fohlen und die übrigen Los-Nummern landwirtschaftliche oder gewerbliche Gegenstände gewonnen.

Die Gewinne stehen vom Ziehungstage an auf Rechnung und Gefahr der Gewinner und werden nur gegen Zurückgabe der betreffenden amtlich gestempelten Lose abgeliefert.

Die Gewinne sind binnen drei Wochen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls der Anspruch auf dieselben verloren ist.

Donaueschingen, den 23. März 1906.

Der Gemeinderat.



Ferienkurs für koloniale Technik 23.—28. April 1906

Die Tilgung der 3 1/2 %igen Eisenbahnlehen von 1892 und 1894 betr.

Von den Schuldverschreibungen obiger Lehen sind planmässig auf 1. November 1906 je 105 Stück zu 3000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mk. im Gesamtbetrage von 735 000 Mk. zu tilgen.

Die Auslosung dieser Schuldverschreibungen wird **Dienstag den 3. April d. J., vormittags 10 Uhr,** in unserem Geschäftszimmer Nr. 10 öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 24. März 1906. 3'155

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Die Tilgung des 4 %igen Badischen Eisenbahnprämienlehen vom Jahre 1867 betr.

Die Ziehung derjenigen 78 Serien, welche die in der 39. Prämienziehung obigen Lehen's mit Spielenden 3900 Stück Schuldverschreibungen bezeichnen, wird

Montag den 2. April d. J., vormittags 10 Uhr, in unserem Geschäftszimmer Nr. 10 öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 24. März 1906. 3'154

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Lehrer für Unterricht im Japanischen

ge sucht. Offerten unter J. 58 an die Exp. d. Bl. 63

Wehr als die Hälfte

des einbezahlten Betrags für **Frankfurter Pferdewerke** kommt wieder am 4. April zur Auslosung, zusammen **Mark 64 000** für 7 bepannte Wagen, 50 Pferde, auch Gold- und Silbergewinne (mit 90 % verkäuflich).
Lose à Mk. 1, 11 St. Mk. 10 verkauft
Carl Götz
Gebeßstraße 11/15, Karlsruhe.

Offene Stelle.

Beim Volksschulretorant dahier ist die neu geschaffene Stelle eines **Kanzlistaffenten** mit einem Anfangsgehalt bis zu 1500 M. baldigst zu besetzen. 3.57.22
Bewerber um diese Stelle wollen sich binnen 10 Tagen beim Bürgermeisterrat unter Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer Vorbildung, sowie unter Anfügung von Zeugnisabschriften, die nicht zurückgegeben werden, melden. Den Vorzug erhalten Bewerber aus der Zahl der Verwaltungskandidaten.
Mannheim, den 19. März 1906.
Bürgermeisteramt.

Stellungsuchende

Redakteure, Mitarbeiter, Korrespondenten, Expeditonsbeamte, Propagandachefs, Buchdruckereifaktoren, Maschinenmeister, Metteure, Maschinensetzer, Schriftsetzer
inscribieren vorteilhaft im
„Zeitungs-Verlag“
Zentral-Organ f. d. deutsche Presse
Eigentum und Verlag des **Vereins Deutscher Zeitungsverleger** in **Hannover.**
Zellenpreis für Stellensuche 15 Pf.

Der Anzeiger des „Zeitungs-Verlags“ wird Stellungsuchenden gegen Vorher-Einsendung von 5 Pfennig pro Nummer portofrei zugestellt.
Der Bezug kann mit jeder beliebigen Nummer begonnen und beendet werden.

Glück

hatte meine werthe Kundschafft wieder in der **Illmer Lotterie** mit 1 600er, 2 200er, 3 100er, sowie vielen kleineren Gewinnen, ebenso in der **Donaueschinger**, wo außer den kleinen noch 1 Haupttreffer (Pferd) in meine Kollekte kam. Nächstens ziehen: **Frankfurter, Colmarer, Mannheimer, Mecklenburger, Darmstädter à Mk. 1.—, 11 Stück Mk. 10.—.**

Carl Götz
Gebeßstraße 11/15 Karlsruhe

Günstiger Gelegenheitskauf von Pianinos! Bayrische Flügel- und Pianinofabrik

mit Dampftrieb u. eigenem Sägewerk
Gegründet 1830 von **Wilhelm Arnold, Aischaffenburg.**
Fleierart von **Hans von Bülow, Fürstlich- und Haapt. An- alten** listet **Bülow-Pianinos u. Flügel** in technisch und künstlerisch vollendeter Ausführung direkt an **Private ohne Zwischenhändler zu Fabrik-Aus- y 1905** nahm. preisen.
Auch Teilzahlung, ohne Erhöhung der Vorzugspresse. — Bei Barzahlung höchster Rabatt — Freie Lieferung. — 14 Tage Probezeit. — **10 Jahre Garantie.** Kaufende von Dankschreibern aus allen Kreisen. **Illustr. Katalog m. Vorzugsp. sofort postfrei.** Kurze Zeit gepielte Instrumente in allen Preislagen.

Bürgerliche Rechtskreite.

Essentielle Zustellung. 3.142.2.1. Nr. 3848. Säckingen. Der **S. Bloch, Manufaktur- und Herrentleidergeschäft** in Säckingen, Prozeßvollmächtigter: **Rechtsanwalt Zimmermann** in Säckingen, klagt gegen den an unbekanntem Orten sich aufhaltenden **Säger Adolf Boos**, früher in Säckingen, unter der Behauptung, daß Kläger dem Beklagten in den Jahren 1902—1905 auf vorherige Bestellung Waren geliefert, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von **169 M. 23 Pf.** nicht 4 Proz. Zinsen vom Klagenzuteilungstage an und vorläufiger Vollstreckbarerklärung des Urteils.
Der Kläger ladet den Beklagten auf **Dienstag den 22. Mai 1906, vormittags 9 1/2 Uhr** vor das nach seiner Behauptung gemäß § 23 Z.P.O. zuständige Amtsgericht Säckingen zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Säckingen, den 21. März 1906.
Gerichtsschreiber: **Häuser.**

Aufgebot.

3.143.2.1. Nr. 3952. Wiesloch. Der Landwirt **Ambros Klefenz** in Wiesloch hat beantragt, den Verstorbenen, am 19. Januar 1824 zu Wiesloch, **Amis Wiesloch**, geborenen, zuletzt dort wohnhaften Landwirt **Christof Klefenz** für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Dienstag den 16. Oktober 1906, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Wiesloch, den 20. März 1906.
Großh. Amtsgericht.
gez. **Möhner.**
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber: **Häuser.**

3.138. Nr. 4028. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Jacob Pfahl** in Heiligkreuzsteinach ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den vom Konkursverwalter gestellten Antrag auf Einstellung des Verfahrens wegen Mangels an Massemitteln bestimmt auf **Dienstag den 10. April 1906, vormittags 9 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht dahier, II. Stod, Zimmer Nr. 23. Heidelberg, den 23. März 1906.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts. Berrel.**

Konkursverfahren.

3.139. Nr. 2137.1. Karlsruhe. Ueber den Nachlaß des am 15. September 1905 verstorbenen, zuletzt hier wohnhaft gewesenen Uhrmachers **Friedrich Joseph** wurde am 23. März 1906, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **Franz Geuer** hier ist zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum **17. April 1906** bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 25. April 1906, vormittags 11 Uhr,** vor dem diesseitigen Gerichte, **Mademiestraße 2a, III. Stod, Zimmer Nr. 17, Termin** anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung

aufgelegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **17. April 1906** Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 24. März 1906.

Zimm,
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

Bekanntmachung.

3.140. Nr. 13 898. Forstheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Hofunteroffizialen J. Körschler** hier ist nach Abschluß eines Zwangsvergleichs durch Beschluß des Amtsgerichts am 14. März 1906 aufgehoben worden.
Forstheim, den 23. März 1906.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts. Lohrer.**

Konkursverfahren.

3.141. Nr. 4678. Ueberlingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Bernhard Jre** in Hintersteigen, Gemeinde Fridingen, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf:

Mittwoch den 11. April 1906, vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier, Ueberlingen, den 23. März 1906.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts. G. Sed.**

Strohlieferung.

Die **Großh. Heil- und Pflanzengärtnerei** in Wiesloch verleiht im Wege des schriftlichen Angebotes für das 2. Halbjahr 1906 (1. Mai bis 1. November 1906) die Lieferung ihres Bedarfs an Stroh und Kurzstroh mit je 600 Zentner. Angebote sind bis zum **5. April d. J.** bei der Anstaltsdirektion einzureichen. 3.158.
Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Die Lieferungsbedingungen können auf der Verwaltungskanzlei der Anstalt eingesehen werden.
Wiesloch, den 26. März 1906.

Wasserwerkung Witlekofen.

Die **Gemeinde Witlekofen** im Amtsbezirk **Wonnstadt** verleiht — vorbehaltlich höherer Genehmigung — die für ihre neue Wasserwerkung erforderlichen Arbeiten im Wege des Angebotes auf Einzelpreise. 3.150.
Los I umfaßt die Erd- und Eisenarbeiten, und
Los II die Maurerarbeiten mit den erforderlichen Grabarbeiten.
Pläne und Bedingungen liegen auf unserer Kanzlei zur Einsicht auf und können die für die Angebote zu benutzenden Formulare unentgeltlich von da bezogen werden. Die — entsprechend ausgefüllten und mit der Aufschrift: „Wasserwerkung Witlekofen“ versehenen — Angebote sind bis spätestens

Sonntag den 7. April, nachmittags 2 Uhr, bei dem Gemeinderat **Witlekofen** einzureichen.
Witlekofen, den 19. März 1906.
Großh. Kulturinspektion.

Schreibgehilfenstelle frei!

Bewerber wollen sich sofort melden. **Aktuare, Stenographen** bevorzugt. Jahresvergütung: 600 M. Gehalt, 200 M. Dienstreisegeld.
Notariat Offenburg II. 3.151.
Martin.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Auf 1. Mai 1906 wird zu dem Gütertarif **Mannheim** usw. — **Wabern** vom 1. Januar 1902 der Nachtrag VI ausgegeben. Neben verschiedenen Frachtermäßigungen enthält er auch Entfernungsverböhrungen und erhöhte Ausnahmefrachtsätze für mehrere bayerischen Stationen. Nähere Auskunft erteilt das Verkehrsamt. Der Verkaufspreis des Nachtrags beträgt 10 Pfennig. 3.153.
Karlsruhe, den 25. März 1906.
Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Das Ergebnis an **Steintoblenker, Delagaster und Kohlenwasserstoff** aus den Eisenbahngaswerken in **Mannheim, Wadlsbur, Sigen und Konstantz** für die Zeit vom 1. April d. J. bis 1. April 1907 soll an den Meistbietenden öffentlich verkauft werden. 3.47.2
Angebote hierauf sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Verkauf von Teer und Kohlenwasserstoff am 2. April 1906“ bis **Montag den 2. April d. J., vormittags 10 Uhr,** postfrei anher einzureichen.
Angebotsbogen und Verkaufsbedingungen werden auf Verlangen von uns abgegeben.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Die Genehmigung durch **Großh. Generaldirektion** bleibt vorbehalten.
Karlsruhe, den 20. März 1906.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.